

ten. Im Anschluß daran soll eine praktische Berufsausbildung einsetzen, die jedoch nicht mehr, wie es heute noch vielfach geschieht, an kleinen und kleinsten Krankenhäusern absolviert werden soll, an denen nicht einmal alle wichtigen medizinischen Disziplinen hauptamtlich vertreten sind. Es wird zweifellos in Zukunft nötig sein, die pflegerische Ausbildung an großen Krankenhäusern zu konzentrieren, in Orten, in denen auch eine fundierte theoretische Begleitung möglich ist. Ebenso wie es bei der übrigen beruflichen Bildung angestrebt wird, sollte man hier zum Blockunterricht kommen.

An die berufliche Grundausbildung sollten sich, dem jeweiligen medizinischen Fortschritt entsprechend, Spezialisierungsmöglichkeiten anschließen. Schließlich sollte für die Pflegeausbildung so qualifiziert abschließt, daß sie die Möglichkeit zu späterem Hochschulstudium eröffnet.

F.D.P.: Umfassende Ausbildungsreform für alle medizinischen Berufe

Das Fehlen von Krankenhauspersonal, das heute beklagt wird, kommt nicht von ungefähr. Zu lange sträubten sich Gruppen unserer Gesellschaft dagegen, die Krankenpflege als einen Dienstleistungsberuf, frei von dogmatischen Belastungen, Emotionen und Verpflichtungen, aufzufassen. Damit wurde die notwendige Erhaltung an sozialem Status des Pflegepersonals – von der Verbesserung durch Aufstiegschancen usw. ganz zu schweigen – mit der Folge versäumt, daß wir heute eine Lücke von ein bis zwei Jahrzehnten an Schwesternnachwuchs beklagen.

Der durch die gesellschaftspolitische Entwicklung bedingte Mangel wird durch die in fast allen Dienstleistungsbereichen zu beobachtende personelle Engpaßsituation noch verstärkt.

Nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion kann die Mangelsituation durch die erfreuliche Bereitschaft von ausländischem Pflegepersonal, an deutschen Krankenhäusern zu arbeiten, kurzfristig gemildert, langfristig jedoch nicht gelöst werden. Die F.D.P.-Fraktion fordert daher eine konzeptionelle Reform der Ausbildung für das gesamte medizinische Personal, die unter anderem zum Inhalt haben muß:

1. Nahtloser Übergang von der allgemeinen zur beruflichen Schulung.
2. Schaffung eines für beide Geschlechter in gleicher Weise attraktiven Berufsbildes.
3. Zusammenfassung und Abstimmung der Ausbildungsgänge für alle Zweige des medizinischen Personals.
4. Regelung der Weiterbildung.
5. Voraussetzungen für Aufstiegsmöglichkeiten.
6. Kontaktfortbildung für vorzeitig aus dem Beruf ausgeschiedene Frauen.
7. Attraktive Bezahlung.

Nur die Änderung des Krankenpflegegesetzes in diesem Sinne, die leider auch heute noch weniger auf sachlichen als auf weltanschaulichen Widerstand stößt, wird nach Ansicht der F.D.P.-Fraktion die medizinische Betreuung in einer für das Personal und den Kranken zufriedenstellenden Weise lösen.

Porträt der Woche

Er ist kein Teppichhändler. Nein, das ist er nicht. Aber er holt Fraktionskollegen immer wieder auf den Teppich zurück, wenn sie im politischen Blind- oder Höhenflug die Verbindung zur Erdstation verlieren. Dann hebt er, nahezu bedächtig, mit ausgestrecktem Zeigefinger den rechten Unterarm nach oben und meldet sich zu Wort. Er sagt nur wenige Sätze. Und die Erde hat ihn wieder – den Fraktionskollegen.

Man hört in der Fraktion auf ihn – und nicht nur dort. Er ist nicht an der kurzen Partei-Elle zu messen.

Willi Pieper, seit nahezu 20 Jahren Mitglied der CDU-Landtagfraktion, ist kein Volkstribun. Er ist ein politisch gewitzter Pragmatiker mit Selbstvertrauen und handfesten Grundsätzen. Er besitzt Augenmaß für das Politisch Machbare. Polemische Schärfe liegt ihm nicht. Von ihm könnte das Wort stammen: An bösen Worten, die man herunter schluckt, hat sich noch niemand den Magen verdorben.

Pieper ist immer auf Ausgleich aus, ohne die Kontroverse zu scheuen. Konziliant („Och, das ist doch nicht so schlimm“) und gut gelaunt von Natur, hat er viele Freunde – auch unter seinen politischen Gegnern. Als er 1970 sein Amt als Bürgermeister der Stadt Emmerich niederlegte, um sich mehr seiner Familie widmen zu können, bescheinigte ihm der stellvertretende Bürgermeister, der Sozialdemokrat Hans Rieke, daß er, Pieper, die seltene Gabe besitze, immer wieder „Brücken zu schlagen von Mensch zu Mensch“. Fuchsteufelswild wird Pieper allerdings, wenn er Unrecht wittert.

Vor wenigen Tagen, am 16. Januar, vollendete Willi Pieper sein 55. Lebensjahr. Niemand sieht dem vitalen Politiker die Jahre an. „Das Schwimmen hält mich jung“, bemerkt er trocken.

In seiner Heimatstadt Emmerich absolvierte Pieper seine Lehre bei der Bundespost. Am 1. Tag des Krieges zum Wehrdienst eingezogen, geriet er im Februar 1945 in russische Gefangenschaft. Erst Ende 1949 kehrte er in die Heimat zurück. Er resignierte nicht; er legte los. Schon 1950 war er Vorsitzender der Postgewerkschaft Ortsverwaltung Emmerich. Im selben Jahr trat er der CDU bei („Mein Vater war alter



Willi Pieper (CDU)
Mitglied des Präsidiums

Zentrumsmann“). Ein Jahr später wurde er zum Kreissprecher der Jungen Union gewählt, ein Jahr darauf zum Vorsitzenden seiner Ortspartei. Und nur zwei Jahre später zog er als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Rees in den Düsseldorfer Landtag ein. Seit vielen Jahren gehört er dem Präsidium an. Als Mitglied des Ausschusses für Verwaltungsreform hofft er zu einer vernünftigen kommunalen Neugliederung seiner niederrheinischen Heimat beitragen zu können.

Des Landespolitikers Herz gehört auch der Kommunalpolitik, die ihm vielfältige Impulse für seine landespolitische Arbeit gibt. Seit 1956 ist er Ratsmitglied der Stadt Emmerich. Neun Jahre war er Bürgermeister seiner Heimatstadt. Im Januar 1971 wurde Pieper zum Ersten Vizepräsidenten des nordrhein-westfälischen Städtebundes gewählt.

An der „Berufskrankheit“ aller Politiker leidet auch Willi Pieper: die Zeit für seine Familie, für seine Frau Irene, seinen Sohn Jürgen (19) und seine Tochter Ingrid (16) ist reichlich knapp bemessen.

Als ich mich vor kurzem mit Pieper im Landtag unterhielt, wurde er zum Schluß nachdenklich, wie ich ihn sonst nicht kannte. „Ich glaube“, sagte er, „wir halten uns alle für viel zu wichtig, für unersetzlich. Ich hoffe, daß ich den richtigen Zeitpunkt erkenne, an dem ich von mir aus Schluß mache mit der Übernahme gewichtiger Ämter in der Politik.“ Dabei schaute er zum Fenster hinaus, als suche er dort draußen irgendwo eine Antwort.

Paul Zugowski